



Niederschrift

16. Plenarsitzung des Gemeinderates

20. Oktober 2020, 15:30 Uhr

öffentlich

Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz

Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

9.

Punkt 7 der Tagesordnung: Weiteres Vorgehen Christkindlesmarkt 2020

Vorlage: 2020/1108

Beschluss:

1. Der Gemeinderat beschließt aufgrund der seit 19. Oktober 2020 geltenden dritten Pandemiestufe des Landes Baden-Württemberg (Corona-Verordnung vom 23. Juni 2020 in der ab 19. Oktober 2020 gültigen Fassung), den Christkindlesmarkt 2020 sowie die Stadtwerke Eiszeit 2020 abzusagen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Runden Tisch einzuberufen, um ein Notprogramm für die Karlsruher Schausteller*innen zu prüfen.
3. Die Verwaltung wird außerdem beauftragt, die Machbarkeit eines Riesenrads auf dem Marktplatz zu prüfen.
4. Zusätzlich zu diesem „Notprogramm“ wird die Karlsruher Marketing und Event GmbH (KME) beauftragt, die Innenstadt in der Vorweihnachtszeit durch zusätzliche Illumination und dezentrale Überraschungsmomente analog dem Citymobil im Sommer attraktiv und weihnachtlich zu gestalten.

Abstimmungsergebnis:

Bei 47 Ja-Stimmen einstimmig zugestimmt

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 7 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Ausschuss für öffentliche Einrichtung und im Hauptausschuss:

Hier haben sich die Entwicklungen etwas beschleunigt. Wir haben Ihnen deswegen heute eine neue geänderte Beschlussvorlage vorgelegt.

Erste Bürgermeisterin Luczak-Schwarz: Bis letzte Woche sind wir davon ausgegangen, dass wir das in den Ausschüssen vorgestellte Konzept mit einer Gesamtkonzeption Weihnachtsstadt in Karlsruhe durchführen können. Dann wurde am 19. Oktober die 3. Pandemiestufe seitens der Landesregierung ausgerufen. Das hat zur Folge, dass wir Veranstaltungen im öffentlichen Raum von 500 Personen auf 100 Personen beschränken müssen. Nach Prüfung sowohl für die Eiszeit als auch für den Christkindlesmarkt – auch in Absprache mit den Schaustellern – ist das nicht mehr wirtschaftlich umsetzbar in der Ihnen präsentierten Konzeption.

Deswegen schlagen wir Ihnen vor – wir haben den Christkindlesmarkt ausgeschrieben, deswegen müssen wir die Ausschreibung aufheben, daher benötigen wir einen Beschluss -, dass Sie uns ermächtigen, beides abzusagen. Wir werden, und sind auch schon dabei, einen Runden Tisch mit den Schaustellerinnen und Schaustellern, aber auch mit unseren Festwirten zu konzipieren, um mit denen ein Notfallprogramm zu erarbeiten, analog dieses dezentralen Plätzekonzeptes im Sommer, das Sie schon kennen. Das wird sich über die ganze Stadt verteilen. Wir werden versuchen, Flächen zu finden, wo wir alle auch unterbringen können, gemeinschaftlich mit den Akteuren. Das hat bei dem Sommer-Plätzekonzept sehr gut funktioniert. Sie sollen uns bitte beauftragen, die Machbarkeit eines Riesenrades auf dem Marktplatz zu prüfen.

So sieht der neue Beschluss aus. Es ist bedauerlich. Aber das sind die Rahmen und Fakten, mit denen wir arbeiten müssen und deswegen dieser Beschlussvorschlag.

Der Vorsitzende: Mir ist noch einmal wichtig darauf hinzuweisen, dass die derzeitige Verordnung des Landes nur bis zum 30. November gilt. Trotzdem ist aus unserer Sicht das Risiko zu hoch, davon auszugehen, dass es anschließend wieder anders wird und jetzt einen Aufbau zu machen, den wir gegebenenfalls dann zum 1. Dezember gar nicht in Betrieb nehmen können. Umgekehrt wird eher ein Schuh daraus, dass wir jetzt nämlich mit diesem dezentralen Konzept weiter planen. Sollte sich dann doch eine Veränderung ergeben, könnte man eher noch flexibel reagieren. Aber man ist auf alle Fälle auf der sicheren Seite.

Ich würde Sie auch gerne noch darüber informieren, dass wir im Moment keine Signale aus Stuttgart haben, die uns erwarten lassen, dass an der Messeverordnung etwas geändert wird. Die Offerta ist durch diese Messeverordnung des Landes weiter möglich. Es ist wohl nicht zu erwarten, dass sich daran in den nächsten Tagen auf Landesseite etwas ändert. Die Infektionszahlen in den letzten zwei Tagen in Karlsruhe sind eher in eine Seitwärtsbewegung, sogar in eine kleine Rückwärtsbewegung, so dass wir im Moment keinen Anlass sehen – wir hätten dann das volle Schadensersatzrisiko – diese Messe abzusagen. Wir werden dazu aber noch einmal vertiefte Infektionsschutzmaßnahmen ergreifen. Wir werden das auch presseöffentlich im Laufe der Woche kommunizieren, wenn es dabei bleibt und werden uns damit auch mit den ganzen Zuschriften auseinandersetzen, die uns im Moment erreichen, die das schwer nachvollziehbar finden, warum man Großveranstaltungen auf 100 reduziert, aber Messen weiter ermöglicht. Aber das ist im Moment einfach die Verordnungslage des Landes Baden-Württemberg und nicht das, was ich mir jetzt vielleicht vorgestellt hätte. Insofern würden wir in dieser Weise im Moment vorgehen.

Es wird dennoch eine Verordnung der Stadt geben in den nächsten ein, zwei Tagen, und zwar eine Verordnung, die die Straßenprostitution verbietet, weil spannenderweise die Straßenprostitution theoretisch möglich ist, aber praktisch die Bordellbetriebe sich bei Gericht nur durchgesetzt haben, weil sie nachweisen konnten, dass es umfangreiche Hygieneschutzmaßnahmen

gibt, dass alle Kunden entsprechend dort festgehalten und notiert sind. Das sind alles Rahmenbedingungen, die ich mir bei der Straßenprostitution so nicht vorstellen kann. Deswegen würden wir an diesem Punkt eine entsprechende Verordnung erlassen.

Ansonsten werden wir morgen im Verwaltungsstab alles Weitere besprechen. Es kann natürlich sein, dass sich das in zwei Tagen alles wieder anders darstellt. Da ist die Situation im Moment einfach sehr volatile. Wir haben abgestimmt, dass wir weiter mit dem Landkreis unterwegs sind. Auch der Landkreis steht hinter der Aussage, dass wir die Offerta nicht absagen, weil die die Rechtslage genauso einschätzen. Mit dem Landkreis würden wir auch gemeinsam dann zum Beispiel zu Sperrstunden oder so etwas greifen, falls die Infektionszahlen wieder deutlich hoch gehen. Wir haben vereinbart, dass es kein Alleingang geben kann. Das ist ganz wichtig. Denn sonst hat der, der keine Sperrstunde hat, immer das Problem derer, die die Sperrstunde haben. Das kann es dann natürlich auch nicht sein. – Das vielleicht noch als ergänzende Information.

Stadtrat Hock (FDP): Es ist leider Gottes tragisch, das muss man ganz ehrlich sagen, was jetzt auf die Schausteller hier in unserer Region zukommt. Ich habe schon einmal hier im Gemeinderat gesagt, es gibt mittlerweile schon Tränen. Das Leid der Leute ist Wahnsinn, wenn man sich mit denen unterhält. Wichtig ist mir, dass das, was Sie, Frau Erste Bürgermeisterin, schon gesagt haben ...

(Zuruf **Stadträtin Rastätter/GRÜNE**)

- Das ist schön, Frau Rastätter, wenn Sie das alle so sehen, wenn Sie mich jetzt schon maßregeln wollen, wenn ich sprechen möchte. Das können Sie gerne tun. Sie haben es vorhin festgemißelt in drei Minuten. Aber die müssen Sie mir dann schon noch zugestehen.

(**Der Vorsitzende:** Herr Stadtrat Hock, kommen Sie zum Thema!)

- Wenn Sie, Herr Oberbürgermeister, das zulassen, dass sie mir ins Wort fällt, dann ist das auch in Ordnung.

(**Der Vorsitzende:** Ich hätte mich schon noch eingemischt!)

Es ist schön, Frau Erste Bürgermeisterin, dass Sie sich mit den Leuten zusammen an einen Tisch setzen. Wichtig ist mir in dem Fall aber auch, dass die Leute aus unserer Stadt zum Zuge kommen. Nicht, dass man dann versucht, die Plätze in dieser Stadt aufzuteilen und auch noch Leute, die nicht aus der Stadt sind, dann bei uns die Geschäfte machen. Das wollen wir auf keinen Fall. Von daher ist uns wichtig, dass die Ortsansässigen zum Zuge kommen, denn bei denen geht es wirklich ums Überleben. Das haben Sie gesagt. Da sind wir auch dankbar und froh darüber.

Die Hygienekonzepte müssen umgesetzt werden. Das ist selbstverständlich. Aber ich bitte schon darum, auch bei dem Runden Tisch eine Lösung herbeizuführen. Normalerweise beginnt man am 26.11. Es ist die Frage, ob man das nicht schon ein paar Tage früher machen könnte. Denn jeder Euro zählt jetzt in diesem Bereich. Deshalb wäre mir wichtig, dass man das etwas flexibel handhabt.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Meine Fraktion geht diese Vorlage natürlich mit. Ich möchte es jetzt gar nicht ausführen. Aber eine Frage kam bei uns gestern auf. Wenn jetzt dieses

dezentrale Konzept umgesetzt wird, was bedeutet das für Alkoholverkauf? Das war für uns noch eine wichtige Frage.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Sie haben es angesprochen, Herr Oberbürgermeister. Es ist schwer zu verstehen, warum die Offerta stattfinden darf, aber der Christkindlesmarkt nicht hier bei uns in Karlsruhe, wo die Fallzahlen sehr niedrig sind. Wir wissen natürlich, dass sie in Baden-Württemberg insgesamt höher sind. Aber hier in Karlsruhe sind sie niedriger.

Wir wissen, dass Regelungen, wie beispielsweise das Beherbergungsverbot, schon von Gerichten gekippt wurden. Deswegen jetzt der Vollständigkeit halber die Frage: Sind wir als Stadt Karlsruhe beschwert? Können wir dagegen klagen, dass der Christkindlesmarkt nicht stattfindet? Könnten wir auf dem Weg der Klage, vor dem Hintergrund, dass wir sehr niedrige Fallzahlen haben im Vergleich zum restlichen Baden-Württemberg, durchsetzen, dass der Christkindlesmarkt doch stattfindet? Denn hier geht es wirklich um elementare Interessen von vielen betroffenen Anbietern. Deswegen würden wir es gerne der Vollständigkeit halber fragen.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): Meine Frage geht dahin: Die allgemeine Vereinbarung war die, dass wir regional reagieren. Jetzt wird es bundesweit oder landesweit gemacht. Können wir nicht darauf einwirken, da unsere Zahlen sehr gut sind, dass man es wirklich an den Zahlen festmacht? So war es ursprünglich vereinbart. Warum bricht das Land jetzt diese Vereinbarung? Da würde ich Sie gerne bitten nachzufragen, ob das nicht möglich wäre, sich daran zu halten.

Der Vorsitzende: Ich fange mit dem letzten an. Am Freitag hat noch der Herr Ministerpräsident in einer Vollversammlung des Städtetags angekündigt, dass alle Maßnahmen immer die Offenheit behalten werden, dass man sie dann auch in den einzelnen Land- und Stadtkreisen entsprechend der dortigen Infektionslage umsetzt oder nicht. Das ist schon zwei Stunden später deswegen wieder in Frage gestellt worden, weil Frau Eisenmann die Maskenpflicht an allen Schulen angekündigt hat ab Montag. Wobei ich das noch einigermaßen nachvollziehen kann. Für so Themen, wie diese Geschichte mit den Großveranstaltungen, hätte ich mir ehrlich gesagt auch eine regional bezogene Lösung vorstellen können. Auch das Thema, wer kommt zu so einem Markt. Sicherlich kommen zur Offerta die Leute von einer weiteren Entfernung als zu unserem Christkindlesmarkt. Aber das sind alles Spekulationen. Das Land hat sich jetzt so entschieden in einer Sonderkabinettsitzung am Samstagnachmittag. Das ist jetzt Fakt.

Wir können gerne noch etwas zu den Klagemöglichkeiten sagen. Da bin ich jetzt nicht der Fachmann. Aber es ist nicht so, dass wir den Christkindlesmarkt nicht durchführen könnten. Wir müssten den dann nur auf 100 Personen beschränken in diesen Feldern. Da sagen uns die Schausteller, dass sich das für sie überhaupt nicht rentiert. Das ist im Grunde im Moment die Situation.

Ich würde Sie auch einladen wollen, dass wir zwar damit sagen, wir sagen den Christkindlesmarkt in der von uns schon veränderten Variante ab, aber die Weihnachtsstadt wird es weiter geben. Wir haben dezentrale Stände. Wir haben dezentrales Kunsthandwerk. Wir haben alles Mögliche in der Stadt. Wir wollen, wie unter der Ziffer 4 aufgeführt, auch noch zusätzliche Illuminationen und Stimmung in die Stadt bringen. Zum Thema Alkohol kann Frau Kollegin noch etwas sagen. Von daher ist es nicht so, dass wir nicht doch versuchen, die Stadt attraktiv zu halten. Nur, es erscheint uns im Moment der sicherere Weg zu sein. Meine Einflussmöglichkeiten auf Landesebene, selbst im Städtetag, sind durchaus begrenzt. Wenn ich mir meine anderen

Städtekollegen anschauen, die im Moment alle mit Infektionsraten von über 50 oder 100 zu kämpfen haben, die werden für so ein Sonderproblem in Karlsruhe im Moment kein großes Verständnis haben. In Stuttgart zum Beispiel sind wegen der dortigen Zahl auch alle Messen verboten worden. Aber das liegt daran, dass die mittlerweile bei 100 – nein, das ist der Landkreis Esslingen, der liegt mittlerweile über 100 oder über 50. Ich bin sowieso immer der, der eher eine etwas liberale Rolle spielt. Von daher halte ich das nicht für besonders aussichtsreich.

Erste Bürgermeisterin Luczak-Schwarz: Wir hatten bei dem vorgelegten Konzept für den Christkindlesmarkt Ihnen gesagt, wir hätten den konzentriert auf Glühwein, ohne harte Spirituosen. Das wären jetzt eigentlich auch die Verhandlungsgrundlagen, mit denen wir in diese Runden Tische gehen. Das muss natürlich dann mit dem Ordnungsamt und mit dem Gesundheitsamt abgestimmt werden. Das ist jetzt meine Haltung dazu. Es ist erforderlich, dass das Land kein landesrechtliches Verbot ausspricht. Das ist natürlich etwas, das haben wir auch nicht im Griff, wissen nicht, wie sich das entwickelt. Aber das wäre die Zielrichtung, dass die Rahmenbedingungen, die wir beim Christkindlesmarkt im Konzept zugrunde gelegt haben – Glühwein ohne harte Spirituosen -, die Marschrichtung wäre, mit der ich in die Verhandlungen mit dem Ordnungsamt und mit dem Gesundheitsamt gehen würde.

Der Vorsitzende: Beim Thema Alkohol hatte schon vorletzte Woche das Sozialministerium angekündigt, dass man das in die Kompetenz der örtlichen Behörden geben will. Daran würde ich mich jetzt auch festhalten und halte das mit diesen harten Spirituosen für einen guten Weg. Das ist mit den Veranstaltern der sogenannten Bier-Börse schon seit Jahren auch so vereinbart, die immer Ende August hinterem Schloss stattfand, und hat dort zu einer deutlichen Befriedung der Situation geführt, weil einfach nur Bier ausgeschenkt wurde und sonst nichts.

Sollen wir zur rechtlichen Frage noch einmal vertiefen? Wären wir überhaupt klageberechtigt, Herr Koch? Können wir dazu etwas sagen? – Können wir nicht sagen. Dann fragen wir das noch einmal nach. Aber ich bin noch nicht einmal sicher, ob wir gegen diese Auflagen klagen könnten oder ob das nicht dann eventuell die Schausteller tun müssten, nach meinem Verständnis. Ich glaube auch nicht, dass wir hier eine Mehrheit dafür bekämen, jetzt gegen die Landesregierung zu klagen. Wir erkundigen uns, geben Ihnen die Rückmeldung. Aber ich würde dieses Thema im Moment nicht weiterverfolgen wollen aufgrund der unklaren Rechtslage.

Dann steht jetzt zur Abstimmung unsere geänderte Beschlussvorlage zum Christkindlesmarkt und allem anderen. – Das ist einstimmig.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
11. November 2020